

SUSANNE SCHRÖTER

**LINKS, RECHTS,
ISLAMISTISCH**

**DIE WAHREN FEINDE
DER DEMOKRATIE**

HERDER

Susanne Schröter

Links, rechts, islamistisch

Susanne Schröter

Links, rechts, islamistisch

Die wahren Feinde der Demokratie

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026
Hermann-Herder-Straße 4, 79104 Freiburg

Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an
produktsicherheit@herder.de

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München

E-Book-Konvertierung: ZeroSoft, Timișoara

ISBN Print 978-3-451-03671-2
ISBN E-Book (EPUB) 978-3-451-84130-9
ISBN E-Book (PDF) 978-3-451-84146-0

Inhalt

Einleitung	7
Wie die Freiheit erkämpft wurde	11
Mit der Waffe der Vernunft gegen die Obrigkeit	11
Zwei Schritte vorwärts und einen zurück	15
Liberalen, Sozialisten, Konservative	18
Demokratische Gehversuche in der Weimarer Republik ...	21
Freiheit, Wohlstand, Westbindung	33
Das Wirtschaftswunder	33
Entnazifizierung und wehrhafte Demokratie	37
Kooperation und Verteidigung	43
Die bürgerliche Republik	48
Linksruck: Blumenkinder und autoritäre Revolutionäre ...	51
Von der Gleichberechtigung der Geschlechter zum Postfeminismus	52
Soziale Bewegungen gegen das System	60
Tödliche Revolutionsromantik	66
Warum die Wirtschaft schrumpfen soll	70
Rechts: Das Pendel schlägt zurück	77
Ewiggestrige und rechtsradikale Gewalt	78
Die neue rechte Intelligenzia	85
Antiliberalismus, Ethnonationalismus und die deutsche Geschichte	94
Der kometenhafte Aufstieg der AfD oder die Folgen einer Repräsentationslücke	100
Islamismus, die unterschätzte Gefahr	111
Die Frühzeit des Islams und die islamische Ordnung	112

Pluralismus, Säkularismus und Islamismus.	118
Keine Sicherheit – nirgendwo.	125
Islamisierung des Alltags.	134
Der halbherzige Politikwechsel.	143
Multiple Missstände.	143
Das Tor zur Hölle.	152
Die letzte Patrone für die Demokratie.	156
Warum der Kampf gegen rechts gescheitert ist.	164
Liberalismus und Postliberalismus in einer neuen	
Weltordnung.	173
Die alte Welt zerbricht.	173
Europas fragile Einheit.	182
Supranationalismus versus Kommunitarismus.	188
Zukunftsszenarien.	195
Literatur.	205
Anmerkungen.	223
Über die Autorin.	234
Über das Buch.	235

Einleitung

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verkündet der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, die liberale Demokratie habe sich weltweit als überlegene Staatsform durchgesetzt. Von diesem optimistisch erklärten „Ende der Geschichte“ ist wenig übriggeblieben. Weltweit erstarken autoritäre Regime, bilden sich antidemokratische Allianzen, wird der Westen marginalisiert. Gravierender als außenpolitische Problemlagen sind jedoch Verwerfungen innerhalb demokratischer Gesellschaften, ist die rasche Verbreitung antiliberaler Ideen und die Rede von einem anbrechenden postliberalen Zeitalter.

Auch in Deutschland sind autoritäre Ideen populär. Verantwortlich sind Intellektuelle, Politiker und Aktivisten, die sich gleichermaßen auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums befinden, sowie islamistische Akteure, die sich an der Scharia orientieren. Die politischen Ränder erstarken, die Parteien der Mitte erscheinen mutlos und handlungsunfähig. Die Zeichen stehen auf Konfrontation. Die Gesellschaft ist nicht nur gespalten, sondern zerfällt zusehends in Paralleluniversen, die sich mit unsichtbaren Mauern umgeben. Wie konnte es so weit kommen?

Wer sich die Geschichte der Freiheitskämpfe seit Beginn der Aufklärung vor Augen führt, kann Formen politischer Unversöhnlichkeit erkennen, die noch heute von Bedeutung sind. Liberale waren die treibenden Kräfte für die wirtschaftliche und kulturelle Liberalisierung, doch ihnen mangelte es an Mitgefühl für die Armen und Ausgebeuteten. Sozialisten erstritten Erfolge emanzipativer Bewegungen und Formen eines sozialen Ausgleichs, hatten allerdings stets einen Hang zum Totalitären, der bis zum blutigen Terror gegen Andersdenkende reichen konnte. Konservative hätten ein Korrektiv für allzu enthusiastische Modernisierungen sein können, wenn sie

nicht allzu anfällig für nationalen Chauvinismus, Antisemitismus und letztendlich auch den Faschismus gewesen wären.

Widersprüche zwischen diesen Lagern spielen auch heute noch eine zentrale Rolle. Demokratische Konservative, Liberale und Sozialdemokraten machten die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch zu einer wirtschaftlich erfolgreichen Demokratie, doch es waren außerparlamentarische Linke, die seit den 1960er Jahren eine Kulturrevolution in Gang setzten. Mittlerweile ist die Strahlkraft linker Gesellschaftsentwürfe jedoch an der Wirklichkeit zerschellt. Aus Kommunarden, Träumern und Blumenkindern wurden Politiker, Leiter staatlicher Einrichtungen und Manager von Nichtregierungsorganisationen, die ihre Ideen auch mit Mitteln der Repression durchzusetzen versuchen. Eine aus dem Umfeld von Universitäten beigesteuerte Ideologie machte gegen die einheimische Bevölkerung mobil, die als *strukturell rassistisch* unter Generalverdacht gestellt wurde. Wer widersprach, wurde als Menschenfeind aussortiert. Gesellschaftliche Missstände wurden ausgeblendet, wenn sie nicht zur eigenen Weltsicht passten. Die langjährige Kanzlerin der CDU übernahm eine linke Agenda, die in der eigenen Partei mehr als umstritten war, und bezeichnete diese als alternativlos. Sie schuf dadurch eine Repräsentationslücke und wurde unfreiwillige Namensgeberin der Alternative für Deutschland (AfD). Heute erleben wir die Renaissance einer bis dahin marginalisierten politischen Rechten, die im Liberalismus ihren Hauptfeind sieht. Sie treibt das politische Establishment vor sich her und genießt das Vertrauen breiter Wählerschichten, nicht zuletzt, weil der Abwehrkampf gegen rechts mit illiberalen und antidemokratischen Mitteln geführt wird.

Die politische Zerreißprobe findet in einer dysfunktional gewordenen Einwanderungsgesellschaft statt, in der Migration meist ungesteuert stattfindet, Integration vielfach scheitert und der politische Islam sich ausbreitet. Hohe Energiekosten und bürokratische Regularien strangulieren die Wirtschaft, das Sozialsystem ist aus der Balance geraten, und die Sicherheit im öffentlichen Raum erodiert.

Die Bewältigung der multiplen Probleme scheitert daran, dass politische Bündnisse im Stillstand ihren Kompromiss finden, aber auch an der Auslagerung von Entscheidungsbefugnissen an supranationale Organisationen und an NGOs, die ohne demokratische Legitimation zu mächtigen politischen Playern geworden sind.

Auf der linken wie der rechten Seite des politischen Spektrums beginnen Abgesänge auf die liberale Demokratie. Nicht nur in Deutschland. In den USA können wir sehen, was passiert, wenn einem woken Linksruck ein postliberaler Rechtsruck folgt. Was lässt sich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen? Oder wichtiger noch: Was muss getan werden, um die liberale Demokratie zu retten?

„Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen, also muss sie auch das Recht haben, die Rednerbühne zu besteigen.“

Olympe de Gouges, 1791

Kapitel I

Wie die Freiheit erkämpft wurde

Die liberale Demokratie ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis einer einzigartigen historischen Entwicklung. Als Menschen vor 400 Jahren in Europa begannen, sich aus kollektiven Strukturen zu lösen, die Obrigkeit infrage zu stellen und selbst politische Verantwortung zu übernehmen, brach ein neues Zeitalter an. Die Moderne, wie wir sie kennen, entstand. Ob sie die Stürme der Gegenwart überleben wird, ist ungewiss. Wer einen Betrag dazu leisten möchte, dass sie in der Zukunft eine Chance hat, sollte sich mit dem Rüstzeug der Geschichte ausstatten, denn viele Konfliktlinien, die wir heute beobachten, haben eine lange Tradition, und die Fehler der Vergangenheit müssen nicht zwangsläufig wiederholt werden.

Mit der Waffe der Vernunft gegen die Obrigkeit

Die europäische Entwicklung zur Freiheit war historisch singulär. In der Vergangenheit führten Aufstände gegen Tyrannen meist nur zu einem Austausch der herrschenden Eliten, nicht zu einer freien gesellschaftlichen Ordnung. Demokratische Strukturen in indigenen Gesellschaften, in der Hanse oder in Kloostergemeinschaften blieben Ausnahmen. Sie waren auf kleine abgeschiedene Gruppen beschränkt oder dienten Zweckbündnissen. Ökonomischen Bedin-

gungen, in denen sich Freiheit zu einer produktiven Kraft entwickeln konnte, fehlten ebenso wie eine generelle Idee von Freiheit. Nicht ohne Grund war diese in einem elementaren Sinne an die Wissenschaften gebunden.

Wissen war bis in die jüngste Zeit hinein eine Ressource der Mächtigen; wer ihnen widersprach, war seines Lebens nicht mehr sicher. Häufig wurden religiöse Gründe angeführt, um unbequeme Geister auszuschalten, denn die Religionen legitimierten die weltliche Herrschaft. Sokrates (469–399 v. Chr.) wurde als Häretiker zum Tode verurteilt, der arabische Philosoph Ibn Arabi (1165–1240) musste sich wegen eines Blasphemievorwurfs vor einem Tribunal verantworten, und in Europa sanktionierte die Kirche naturwissenschaftliche Erkenntnisse, die nicht mit den eigenen Dogmen übereinstimmten. Ein zaghafter Aufbruch in die Moderne zeichnete sich mit dem Humanismus und der Renaissance beim Übergang vom Mittelalter in die beginnende Neuzeit ab.¹ Mit Pionieren wie Nikolaus Kopernikus (1473–1543), Giordano Bruno (1548–1600), Johannes Kepler (1571–1630) und Galileo Galilei (1564–1642) geriet die alte Ordnung schließlich ins Wanken. Die Gelehrten widerlegten die seit der Antike vorherrschende Auffassung, dass die Erde das unbewegte Zentrum des Universums sei, und setzten ihr ein heliozentrisches Modell des Kosmos entgegen. Die kirchliche Inquisition reagierte postwendend, und sowohl Galilei als auch Bruno wurden wegen Ketzerei gerichtlich verurteilt.

Doch der Geist war aus der Flasche. Das Zeitalter der Aufklärung hatte begonnen und eine zunehmende Anzahl von Gelehrten setzte dem Obrigkeitendenken einen freien Geist und den kirchlichen Dogmen die Vernunft entgegen.² Das bedeutete nicht zwangsläufig eine vollkommene Abkehr von überkommenen Denk- und Machttraditionen. Thomas Hobbes (1588–1679) beispielsweise unterzog die Religion und damit auch das Christentum einer rationalen Analyse, die ihm den Vorwurf des Atheismus einbrachte, war dem absolutistischen Staat gegenüber jedoch positiv eingestellt. Aus seinen Erfahrungen mit dem englischen Bürgerkrieg hatte er ein negatives

Menschenbild gewonnen und argumentierte im 1651 erschienenen *Leviathan* für ein staatliches Gewaltmonopol, um den inneren Frieden zu sichern. Sein Landsmann John Locke (1632–1704) teilte mit Hobbes die Auffassung, dass der Staat die zerstörerischen Potenziale der Bevölkerung einhegen müsse, plädierte aber für eine Gewaltenteilung in Legislative und Exekutive, um Machtmissbrauch zu verhindern. Zudem sollte der Staat nicht nur das Leben des Bürgers, sondern auch dessen Rechte schützen. Die Beziehung zwischen ihm und den Untertanen müsse in einem Gesellschaftsvertrag festgelegt werden, der auch die Obrigkeit an Gesetze binde. Missachte sie diese, dann handele sie ohne Autorität und könne abgesetzt werden. Locke gilt wegen dieser Thesen als Begründer des Liberalismus und erzielte nachhaltigen Einfluss. So flossen seine Ideen in die 1776 erlassene Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika ein und schufen die Grundlage für moderne Bildungsideale. Der Mensch, glaubte er, sei von Geburt an eine *tabula rasa*, eine leere Tafel. Mithilfe von Bildung und spezifischen Lernmethoden könne diese Tafel konstruktiv beschrieben werden. Daran setzte auch der schottische Aufklärer David Hume (1711–1776) an. Wissen resultiere aus menschlichen Erfahrungen und Empfindungen, räsonierte er, und lasse sich empirisch beobachten. Mit diesem Ansatz wendete er sich gegen die vorherrschende spekulative Metaphysik und inspirierte spätere Arbeiten von Immanuel Kant (1724–1804). Kants Vermächtnis ist der Appell an die menschliche Vernunft und die Verpflichtung des Einzelnen, davon Gebrauch zu machen. Aufklärung, schrieb er 1784, sei der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.

In Frankreich hatte René Descartes (1596–1650) mehr als hundert Jahre vor Hume einen Gegensatz zwischen dem materiellen Körper und dem Geist postuliert, wobei er dem Verstand den Vorrang einräumte. Obwohl er zeit seines Lebens ein gläubiger Katholik war, geriet er durch die Radikalität seines Denkens mit der Kirche in Konflikt. Nach seinem Tod wurden seine Schriften vom Vatikan auf den Index gesetzt und auch in französischen Schulen verboten.

Im Gegensatz zu Descartes war Voltaire (1694–1778) ein expliziter Kritiker der Kirche sowie jeder Form des religiösen Fanatismus, der geistlichen Intoleranz und der politischen Willkür. Das hatte Konsequenzen. Er wurde in der Bastille inhaftiert, und sein Theaterstück *Mahomet* wurde nach einem großen Erfolg beim Publikum verboten. Voltaires radikale Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse scheint bis auf den heutigen Tag eine Herausforderung darzustellen, denn 1993 wurde das Stück, das anlässlich seines 300. Geburtstages in Genf aufgeführt werden sollte, nach einer Medienkampagne islamistischer Akteure abgesagt.

Die Mehrheit der Aufklärer bekannte sich zum Christentum oder bestand aus ehemaligen Christen und setzte sich mit christlichen Überlieferungen und Dogmen auseinander. Ein kleinerer Teil war jüdischer Herkunft und engagierte sich in der Haskala, der jüdischen Aufklärung. Darunter waren Moses Mendelssohn (1729–1786), David Friedländer (1750–1834), Naphtali Herz Wessely (1725–1805) und Salomon Maimon (1753–1800). Sie wirkten in einer Zeit, in der Juden von der Mehrheitsgesellschaft separiert lebten und unter vielfachen Vorurteilen litten, gleichzeitig aber das Prinzip der Toleranz zunehmend Anerkennung fand. Mendelssohn war eng mit Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) befreundet, der ihn in seinem 1779 veröffentlichten und 1783 uraufgeführten Drama *Nathan der Weise* verewigte. Er wurde in Gelehrtenkreisen geschätzt und nutzte seinen Status, um grundlegende Reformen einzuleiten. In seinem 1783 erschienenen Werk *Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum* fordert er die Trennung von Religion und Politik und die vollständige Gleichstellung der Juden.³ In Frankreich erhielten Juden im Jahr 1791 die vollen Bürgerrechte, in Deutschland erfolgte die rechtliche Gleichstellung sukzessive zwischen 1797 bis 1871.

Das soziale und intellektuelle Umfeld der Aufklärer bestand aus Salons, Gesprächs- und Lesezirkeln. Hier kursierten neue Ideen, und junge Freigeister wie Wilhelm von Humboldt (1767–1835) und Alexander von Humboldt (1769–1859) konnten der geistigen

Enge entflohen, welche die damalige Gesellschaft noch weitgehend prägte. Wilhelm pflegte eine enge Freundschaft mit Friedrich Schiller (1759–1805), später auch mit Johann Wolfgang Goethe (1749–1832) und inspirierte die 1809 gegründete Universität zu Berlin, die heute Humboldt-Universität heißt. Seine Prinzipien einer Autonomie der Hochschulen sowie der Freiheit von Forschung und Lehre besitzen heute – zumindest normativ – eine universelle Geltung. Sein Bruder Alexander machte sich als Weltreisender und Universalforscher einen Namen. Als entschiedener Gegner der Sklaverei regte er ein entsprechendes Gesetz an, das 1857 vom Preußischen Landtag verabschiedet wurde.

Der Blickwinkel europäischer Gelehrter erweiterte sich durch die Entdeckungsreisen und die Kolonisation weiter Teile Amerikas, Asiens, Afrikas und Ozeaniens, und dies beeinflusste auch ihren geistigen Horizont. Viele gaben sich der Faszination für das Fremde hin. Die Idee eines *edlen Wilden* entstand und damit die Vorstellung eines Menschen, der noch in einem paradiesischen Naturzustand lebte, den der zivilisierte Europäer verloren hatte.⁴ Wir können in diesem Exotismus die Ursprünge der Verklärung indigener Gesellschaften erkennen, die heute in Teilen der Linken, vor allem in der Klimabewegung, kultiviert wird. Der Mensch sei frei geboren und liege dennoch überall in Ketten, schrieb Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) und benannte als entscheidende Ursache für die Entstehung der Unfreiheit das Privateigentum.⁵

Zwei Schritte vorwärts und einen zurück

Seine radikale Gesellschaftskritik machte Rousseau zu einem der wichtigsten Vordenker der Französischen Revolution. Im Jahr 1789 standen die Zeichen in Paris auf Sturm. Das aufstrebende Bürgertum forderte politische Partizipation, und auf der Straße versammelte sich die hungernde Bevölkerung. Am 14. Juli 1789 wurde die Bastille gestürmt, in den ländlichen Regionen Gutsherren und

Klosterbewohner von Bauern vertrieben. Am 26. August 1789 verabschiedete die Nationalversammlung eine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie Meinungs- und Religionsfreiheit festgelegt wurden. Dies entsprach einem neuen Zeitgeist, der sich überall bemerkbar machte.

Am 21. September 1792 wurde in Frankreich die Republik ausgerufen. Maximilien de Robespierre (1758–1794) und sein Adlatus Louis de Saint-Just (1767–1794) übernahmen die Macht. Sie errichteten ein Terrorregime, in dem allein der Verdacht, ein Gegner der Revolution zu sein, schon ein Todesurteil darstellte. Im revolutionären Frankreich und anhand der damals praktizierten revolutionären Gewalt lässt sich ein Strukturmerkmal linker Bewegungen erkennen, das sich von Robespierre über Stalin, Mao, Pol Pot bis zur RAF durchzieht: die gewaltsame Durchsetzung einer Ideologie, die als einzig moralische Weltsicht überhöht wird, das Sprechen im Namen Unterprivilegierten und die Rechtfertigung blutiger Gewalt gegen die Opposition oder vermeintliche Volksfeinde. Die Ironie der Geschichte war, dass Robespierre letztendlich ebenfalls zum Opfer der von ihm installierten Terrormaschine wurde. Am 28. Juli 1794 verlor er sein Leben unter der Guillotine. Auch seine Idee einer revolutionären Republik starb mit ihm. Nach einem kurzen Interregnum übernahm am 10. November 1799 ein korsischer General die Macht, der die Gunst der Massen genoss: Napoleon Bonaparte, der sich am 4. Dezember 1804 selbst zum Kaiser krönte und Europa viele Jahre lang dominieren sollte.

Die französische Dominanz beflügelte in Deutschland den Wunsch nach einem geeinten Staat. Geheimbünde, Turnvereine und Burschenschaften wurden treibende Kräfte einer nationalen Bewegung. Zwar wurde auf dem Wiener Kongress 1814 bis 1815 die Restaurierung der alten Ordnung beschlossen, doch der Wunsch nach Freiheit ließ sich nicht mehr unterdrücken. Im Jahr 1817 versammelten sich auf der Wartburg Burschenschaftler und Professoren, um für die deutsche Einheit und garantierte Freiheits-

rechte zu werben, und im Mai 1832 demonstrierte das Bürgertum auf der Ruine des Hambacher Schlosses für eine republikanische Verfassung. Am 28. März 1849 wurde schließlich in der Frankfurter Paulskirche eine Reichsverfassung für einen geeinten deutschen Staat mit einem Zweikammerparlament und einer Gewaltenteilung verabschiedet. Die Verfassung garantierte die Versammlungs-, Vereins-, Presse- und Glaubensfreiheit. Folter und Todesstrafe wurden abgeschafft. Das revolutionäre Experiment wurde zerschlagen, bevor es umgesetzt werden konnte, doch heute gilt die Paulskirche als Symbol für Freiheit und Demokratie.

Wenngleich die meisten Revolutionäre Männer waren, ging es auch um Frauen und ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Schon zu Beginn der Aufklärung nutzten sie ihre Spielräume aus. Eine von ihnen war die Mathematikerin und Philosophin Émilie du Châtelet (1706–1749). Sie publizierte zusammen mit Voltaire, forderte Freiheitsrechte für Frauen und wurde 1746 als erste Frau in die Akademie der Wissenschaften zu Bologna aufgenommen. In Großbritannien kritisierte die Schriftstellerin Mary Wollstonecraft (1759–1797) 1792 in einer Publikation den französischen Aufklärer Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838), der Frauen auf den Haushalt beschränkt sehen wollte.⁶ Ob Mädchen die gleiche Bildung erhalten sollten wie Jungen, wurde im revolutionären Frankreich kontrovers debattiert und von den meisten Revolutionären abgelehnt.⁷ Dass die Forderung nach einer Revolutionierung von Geschlechterbeziehungen tödlich enden konnte, musste die Französin Olympe de Gouges (1748–1793) erleben. Sie verfasste eine *Erklärung der Frau als Bürgerin* und forderte von der Nationalversammlung die gleichen Rechte für Frauen. Ihre Unangepasstheit wurde nicht toleriert. 1793 wurde sie verhaftet und schließlich auf dem Schafott hingerichtet.

In Großbritannien machte sich der liberale Philosoph John Stuart Mill (1806–1873) für die Rechte der Frauen stark. In seinem 1869 erschienenen Buch *Die Hörigkeit der Frau* wendete er sich gegen die Auffassung, zwischen Männern und Frauen gebe es wesent-

liche natürliche Unterschiede.⁸ Das meiste sei lediglich ein Ergebnis gesellschaftlicher Prägungen, meinte er. Er forderte das Frauenwahlrecht und wurde deshalb im Jahr 1865 als Vertreter der Gesellschaft für das Frauenwahlrecht ins Parlament gewählt. In Deutschland gab die Schriftstellerin Louise Otto (1819–1895) von 1849 bis 1853 eine *Frauen-Zeitung* heraus, die unter dem Motto „Dem Reich der Freiheit werb’ ich Bürgerinnen“ stand. 1865 wurde sie eine der Gründerinnen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF), der bis 1933 bestand und sich für Mädchenbildung, die Zulassung von Frauen an den Universitäten und Erwerbsmöglichkeiten von Frauen einsetzte.

Liberale, Sozialisten, Konservative

In den großen Veränderungen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts lassen sich unterschiedliche politische Spektren identifizieren, die jeweils für Gesellschaftsmodelle standen, die kaum miteinander vereinbar waren: die Liberalen, die Sozialisten bzw. Kommunisten und die Konservativen.

Der Begriff der Freiheit durchzog zwar die gesamte Aufklärung, wurde aber in Großbritannien am stärksten programmatisch genutzt. Liberale warben für wirtschaftliche Freiheiten, für ein starkes Parlament, religiöse Toleranz, die Abschaffung der Sklaverei, des Kolonialismus und des Militarismus. Freihandel, Privateigentum und wirtschaftlicher Wettbewerb standen im Mittelpunkt ihres Denkens. Die neue Ordnung führte einerseits zu einem deutlichen ökonomischen Aufschwung, andererseits aber auch zur Verelendung breiter Teile der Bevölkerung. Der Umstand, dass sich die Liberalen entschieden gegen Sozialreformen wie die Reduzierung der Frauen- und Kinderarbeit wandten, brachten ihnen die erbitterte Feindschaft der Sozialisten und bis heute den Ruf ein, eiskalte Kapitalisten zu sein.

Der große Traum der deutschen Liberalen war eine geeinte Nation, und tatsächlich wurde diese im Jahr 1871 unter Führung Preu-

ßens ins Leben gerufen. Wilhelm I. wurde in Versailles zum deutschen Kaiser ernannt, und mit dem Reichstag, einem gewählten Parlament, und Bismarcks Sozialgesetzgebung – einer Kranken-, Unfall- und später auch Rentenversicherung – wurde die Hoffnung auf soziale Befriedung in der nationalen Einheit verbunden. Für die Liberalen war diese Entwicklung und speziell die konservative Politik Bismarcks jedoch eine Zerreißprobe, die sich in der Herausbildung eines nationalliberalen und eines linksliberalen Flügels spiegelte. Die Differenzen zwischen ihnen führten in der Weimarer Republik zur Gründung zweier Parteien: der linksliberalen Demokratischen Deutschen Partei, der Friedrich Naumann (1860–1919) ab 1919 vorsah, und der nationalliberalen Deutschen Volkspartei, der Gustav Stresemann (1878–1929) angehörte. Die bis zur inhaltlichen Unvereinbarkeit gehende Spreizung des liberalen Lagers wirkt in der heutigen FDP fort.

Die Gegenspieler der Liberalen waren die Sozialisten. 1848 brachten Friedrich Engels und Karl Marx (1818–1883) das *Kommunistische Manifest* heraus, in dem sie die Arbeiter zum historischen Subjekt der Moderne erklärten. Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften sei die Geschichte von Klassenkämpfen, schrieben sie, und die Klassengegensätze bestünden auch in der modernen bürgerlichen Gesellschaft fort.

Diese Vorstellungen trafen bei großen Teilen der Arbeiterschaft auf Zustimmung, weil sie eine Utopie darstellten, die Selbstbewusstsein verlieh. Mehr noch waren sie allerdings an einer unmittelbaren Verbesserung ihrer Lebensumstände interessiert. Ihr Arbeitstag dauerte oft mehr als zwölf Stunden, die Löhne waren niedrig, die Arbeitsbedingungen katastrophal. Die revolutionären Bewegungen hatten gezeigt, dass man nur etwas verändern konnte, wenn man sich zusammenschloss – und dies geschah. 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, der die Parole der Französischen Revolution auf seiner Fahne wiedergab. Präsident des Vereins wurde der Sozialist Ferdinand Lassalle (1825–1864), der das allgemeine und gleiche Wahlrecht forderte und die Bildung von Genossenschaften anregte.

1869 folgte unter Führung von August Bebel (1840–1913) und Wilhelm Liebknecht (1826–1900) die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, aus der 1890 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) entstand. Das Nahziel von Sozialisten und Kommunisten bestand in der Organisation der Arbeiterschaft und der Durchsetzung ihrer Interessen, das Fernziel war eine gerechte Gesellschaft, über deren Zustandekommen allerdings unterschiedliche Vorstellungen bestanden.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums konstituierte sich 1876 die Deutschkonservative Partei, mehrheitlich aus protestantischen Adligen und Großgrundbesitzern. Zwischen ihnen und den Nationalliberalen positionierten sich die 1867 gegründeten Freikonservativen, die sich ab 1871 Deutsche Reichspartei nannte. Die katholische Bevölkerung organisierte sich in der Deutschen Zentrumspartei. Für Liberale und Sozialisten waren sie ausgemachte Reaktionäre, weil sie Staat und Gesellschaft katholischen Werten unterordnen wollten. Bismarck sah in ihnen eine Bedrohung des inneren Zusammenhaltes im Reich und erließ eine Reihe von Anordnungen, um sie zu schwächen. Der Jesuitenorden wurde verboten, die Zivilehe eingeführt, staatliche Zuwendungen wurden entzogen, und schließlich löste man die Klöster auf, beschlagnahmte das Vermögen und verhaftete fast zweitausend Geistliche. Neben einer Reihe politischer Hintergründe war der Kulturkampf eine Folge der fortschreitenden Liberalisierung und Säkularisierung der Politik.

Wie alle sozialen Bewegungen war auch die Frauenbewegung in Liberale, Sozialisten, Kommunisten und Konservative gespalten. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein setzte maßgeblich auf Bildung und weibliche Erwerbstätigkeit, die Sozialisten empfanden berufstätige Frauen hingegen als lästige Konkurrenz. Ferdinand Lassalle kann mit Recht als notorischer Antifeminist bezeichnet werden. Die Kommunisten August Bebel und Clara Zetkin (1857–1933) hingegen vertraten einen emanzipativen Ansatz, glaubten jedoch, dass es letztendlich eines Systemsturzes bedürfe, um Gerechtigkeit durchzusetzen. Auch konservative Frauen organisierten sich ab den

1860er Jahren. Allerdings wollten sie dem Staat primär als Erzieherinnen, Mütter und Pflegerinnen dienen.

Der Obrigkeit galten sowohl die Sozialisten als auch die Kommunisten und Frauenrechtlerinnen als Staatsfeinde. Frauen wurde bereits 1850 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen sowie die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten, und 1878 wurde ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erlassen, das bis 1890 mehrfach verlängert wurde.

Demokratische Gehversuche in der Weimarer Republik

Die Reichsgründung war nicht nur der starken revolutionär-nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts, sondern auch den geopolitischen Umständen geschuldet, die letztendlich in den Ersten Weltkrieg mündeten. Er endete mit der Flucht des deutschen Kaisers und dem Ende der Kampfhandlungen im November 1918. In Russland führten Arbeiteraufstände im Februar 1917 zum Ende des Zarenreiches, und im Oktober 1917 übernahmen die Bolschewiki die Macht. Das „Gespenst des Kommunismus“, von dem Marx und Engels eine proletarische Weltrevolution und eine sich daran anschließende klassenlose Gesellschaft erhofften, erstarkte auch in Deutschland. Arbeiter und Soldaten schlossen sich in sozialistischen Räten zusammen. Gleichzeitig demonstrierten bewaffnete Freikorps ihre Macht im öffentlichen Raum. Die öffentliche Ordnung erodierte. Um dem beginnenden Chaos Grenzen zu setzen und die Machtübernahme durch radikale Kräfte zu verhindern, rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann (1865–1939), der nach der Abdankung des Kaisers die Regierungsführung übernommen hatte, am 9. November 1918 von einem Balkon des Reichstagsgebäudes in Berlin die Republik aus.⁹ Damit begann durch das weitsichtige Handeln eines Sozialdemokraten die Weimarer Republik, der erste auf einem demokratisch gewählten Parlament basierende moderne

Verfassungsstaat auf deutschem Boden. Scheidemann hatte mächtige Gegner, sowohl auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums.

Wie zerrissen allein die politische Linke war, verdeutlicht der Umstand, dass der Kommunist Karl Liebknecht (1871–1919) fast zeitgleich vor dem Berliner Stadtschloss eine Freie Sozialistische Republik Deutschland verkündete. Die fundamentalen Differenzen zwischen einem reformorientierten und einem revolutionären Flügel innerhalb der SPD hatten 1917 zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland (USPD), dem noch radikaleren Spartakusbund und schließlich im November 1918 zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) geführt. Die verbleibende SPD stand für eine parlamentarische Demokratie, in der Reformen die Lage der Arbeiter verbessern sollten. Die USPD trat für eine Vergesellschaftung von Industriebetrieben ein und hatte ihre Basis in den Arbeiter- und Soldatenräten. Für die KPD war Russland das ultimative Vorbild. Dort hatten die Kommunisten im Oktober 1917 die Macht übernommen und gingen mit unbarmherziger Gewalt gegen alle vor, die sich ihnen widersetzen. Dies betraf nicht nur die Anhänger des Zaren oder die bürgerlichen Revolutionäre, die Menschewiki, sondern auch die Anarchisten, Anhänger einer Räterepublik, die konservativ eingestellten Bauern und die nach Unabhängigkeit strebenden Ukrainer. Wie Robespierre im revolutionären Frankreich versuchten Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), Leo Trotzki (1879–1940) und der Jesuitenschüler Josef Stalin (1878–1953) mehr als hundert Jahre später ihre sozialistische Utopie mit Mitteln des Terrors durchzusetzen. Von der Mehrheit der deutschen Kommunisten wurden sie bewundert, weil sie siegreich waren. Sie lehnten die Republik ab, wollten eine ähnliche Revolution wie in Russland vorantreiben und organisierten immer wieder bewaffnete Aktivitäten.

Im Januar 1919 kam es zu einem Versuch, die Regierung zu stürzen und die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern. Die Mitglieder des Spartakusbundes organisierten in Berlin Mas-

sendemonstrationen, einen Generalstreik und die Besetzung von Stadtvierteln. Reichswehrminister Gustav Noske (1868–1946) von der SPD schlug die Rebellion mithilfe der städtischen Polizei, ehemaliger kaiserlicher Soldaten und sogenannter Freikorps nieder. Im April 1919 wurde in München eine sozialistische Räterepublik ausgerufen, in der jüdische Intellektuelle wie Kurt Eisner (1867–1919), Ernst Toller (1893–1939), Erich Mühsam (1878–1934) und Gustav Landauer (1870–1919) führende Rollen spielten. Das sozialistische Experiment wurde ebenfalls durch Freikorps beendet.

Die bewaffneten Einheiten, auf die sich die Republik beim Kampf gegen republikfeindliche Aufständische stützte, waren mehrheitlich keine Anhänger der Republik, sondern Personen, die dem Kaiserreich nachtrauerten. Sie vertraten die Ansicht, Deutschland sei „im Felde unbesiegt“ und habe den Krieg nur verloren, weil es von Sozialdemokraten und „jüdischen Bolschewisten“ verraten worden sei. Die Kapitulationserklärung stieß bei ihnen ebenso wie der Versailler Vertrag, in dem Deutschland die alleinige Schuld am Krieg zugeschrieben wurde, auf entschiedene Ablehnung.

Weimar war ein fragiles Experiment. Die bürgerlichen Parteien, darunter die Sozialdemokratie, die liberal-bürgerliche Deutsche Demokratische Partei, die nationalliberale Deutsche Volkspartei, die katholisch-konservative Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei, bildeten instabile Koalitionen, während linke und rechte Antidemokraten versuchten, die Republik zu destabilisieren.¹⁰ In den ersten fünf Jahren der Republik wurden drei Staatsstreichversuche von linker und drei von rechter Seite unternommen. In chronologischer Folge war es zunächst der Spartakusaufstand von 1919, gefolgt 1920 von einem Putschversuch unter Führung des Deutschnationalen Wolfgang Kapp (1858–1922) und des Generals Walther von Lüttwitz (1859–1942) sowie einem linken Aufstand im Ruhrgebiet. Forderungen nach einem Sturz der Regierung und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats wurden laut. Die Zerschlagung der Roten Ruhrarmee geschah wie die des Spartakusaufstandes unter Zuhilfenahme republikfeindlicher